

Theresia Oedl-Wieser

Die Integration von Gleichstellung in die regionale Entwicklung Österreichs – notwendige Strategie oder lästiges Übel?

„Was hat Regionalpolitik denn eigentlich mit der Gleichstellung von Frauen und Männern zu tun?“ Diese Frage stellen sich in jüngster Zeit viele regionalpolitisch Akteure und Akteurinnen wie RegionalpolitikerInnen, Programmverantwortliche oder ProjektträgerInnen. Ausgelöst wurde diese Debatte vor allem durch das handlungsleitende Prinzip des „Gender Mainstreaming“¹ der Europäischen Union, wonach alle politischen Konzepte und Maßnahmen am Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern ausgerichtet sein müssen. Nach wie vor gibt es große Probleme mit dem Verständnis des Begriffs Gender Mainstreaming und Unsicherheiten bei dessen Umsetzung im regionalpolitischen Kontext. Andererseits wird von Seiten der regionalpolitisch Aktiven oft wenig Problembewusstsein und Akzeptanz gezeigt, ihr Tun aus einer geschlechterspezifischen Perspektive zu reflektieren. Da die Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern meist als soziales Problem oder reine Frauenförderung gesehen wird, ist es an der Zeit, Gleichstellung verstärkt als ökonomische Frage in den regionalpolitischen Diskurs einzubringen (Aufhauser et al. 2003, 217; Taylor et al. 2001, 12). Neben der sozialen und demokratiepolitischen Relevanz von Gleichstellung müssen Fragen wie: *„Welche Kosten entstehen für die Regionalentwicklung, wenn sie nicht aktiv etwas gegen die Ungleichstellung von Frauen und Männern unternimmt?“* oder *„Welchen Nutzen hat sie, wenn sie vermehrt auf eine Gleichstellung der Geschlechter hinarbeitet?“* gestellt werden.

Um der Diskussion hinsichtlich der konsequenten Einbindung von Gleichstellung in die regionale Entwicklung(-spolitik) Input und eine gewisse Dynamik zu geben, wurde von der Abteilung IV/4 Regionalpolitik des Bundeskanzleramtes² die Studie *„Grundlagen für eine*

¹ Die Europäische Kommission definiert Gender Mainstreaming als "Systematische Einbeziehung der jeweiligen Situation, der Prioritäten und der Bedürfnisse von Frauen und Männern in allen Politikfeldern, wobei mit Blick auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie in der Durchführung, Begleitung und Bewertung der betreffenden Maßnahmen deren Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden." (Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 1998)

² Koordinierungsstelle der österreichischen EU-Strukturfondsprogramme

*Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung*³ in Auftrag gegeben. Neben der Ausführung der Kosten-Nutzen-Argumentation erfolgte eine kritische Auseinandersetzung mit der konzeptionellen und definitorischen Abgrenzung von Gleichstellung und Regionalentwicklung sowie deren Verknüpfung. In einer geschlechtersensiblen Regionalanalyse wurden räumliche Muster von Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in den Bereichen Ausbildung, Beruf, soziale Beziehungen, Raumnutzung und Mobilität sowie politischer Partizipation in Österreich⁴ identifiziert. In weiterer Folge wurde eine Analyse relevanter raumbezogener Politiken und Handlungsfelder in Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die (Re-)Produktion geschlechterspezifischer Ungleichheitsstrukturen durchgeführt und die Verankerung von Frauen im regionalpolitischen Setting Österreichs untersucht. Resümierend wurden die wichtigsten Rahmenbedingungen, Strategien und zentralen Bezugspunkte im Rahmen des Konzepts einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ diskutiert.

Die Überlegungen für das Konzept einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ müssen bei den zentralen Begriffen „*Gleichstellung*“ und „*Regionalentwicklung*“ ansetzen. Sowohl Gleichstellungspolitik als auch Regionalentwicklung zielen auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen ab. Während Gleichstellungspolitik ihre Aufgabe in der Veränderung der asymmetrischen Geschlechterstrukturen sieht, richtet Regionalentwicklung ihre Aufmerksamkeit auf die Stärkung regionaler Entwicklungspotenziale. Die Herstellung einer unmittelbaren Verbindung zwischen Raumstrukturen und Geschlechterstrukturen erfolgte bis dato vorrangig in der geographischen und planungsbezogenen Frauen- und Geschlechterforschung. Weder in der Regionalpolitik(forschung) noch in der Gleichstellungspolitik(forschung) wurden bis jetzt die Zusammenhänge zwischen „Geschlecht“ und „Raum“ in größerem Ausmaß thematisiert (Aufhauser et al. 2003, 40). Im Rahmen der gegenständlichen Studie war diese thematische Zusammenführung wesentlicher Ausgangspunkt für die weiterführenden Analysen.

³ Autroinnenteam: Elisabeth Aufhauser (Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien), Theresia Oedl-Wieser (Bundesanstalt für Bergbauernfragen), Siegrun Herzog, Vera Hinterleitner und Eva Reisinger (grips – gendersensible regionale impulse projekte strategien)

⁴ Die Datenauswertung erfolgte überwiegend auf Bezirksebene. Die Darstellung der Ergebnisse der geschlechtersensiblen Regionalanalyse erfolgte in einem umfangreichen Kartenteil.

1. Regionalpolitik, -entwicklung und -förderung in Österreich

In Österreich hat Regionalpolitik eine lange Tradition und sie versteht sich als ein eigenständiges Politikfeld, das die regionale Entwicklung zum Zielgegenstand ihrer Politik hat. Diese Aufgabe wird auf verschiedenen politischen Steuerungsebenen wahrgenommen, wo durch regionalpolitisches Handeln die politische Gestaltung, Steuerung, Kontrolle und auch die Initiierung von als gesellschaftlich – d.h. wirtschaftlich, sozial, kulturell – wünschenswert erachteten regionalen Entwicklungszielen versucht wird. Innerhalb dieses allgemeinen Begriffsverständnisses von Regionalpolitik hat sich in Österreich ein spezifischeres herauskristallisiert, das als „Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung“ (Schindegger 1999, 201), als „Regionalförderungspolitik“ (Steger 2000) oder „regionale Strukturpolitik“ (Axt 2000, 19f) beschrieben werden kann. Im engeren Sinn hat Regionalentwicklung heute einen primär ökonomischen Schwerpunkt, auch wenn bei dieser wirtschaftlichen Ausrichtung physisch-räumlichen Gegebenheiten, soziokulturellen Rahmenbedingungen und ökologische Zusammenhänge immer wieder ganzheitlich mitgedacht werden.

Historisch betrachtet stand in den Nachkriegsjahrzehnten vor allem der Disparitätenausgleich zwischen Zentren und Peripherien im Mittelpunkt des regionalpolitischen Handelns. Dies geschah etwa über Investitionen in eine zentrenähnliche, materielle Infrastrukturausstattung, um über die damit verbundene Mobilisierung von Arbeit und Kapital einen Ausgleich zwischen unterschiedlich entwickelten Regionen zu erreichen. Anhaltend schwache Wachstumsraten in den 1970er Jahren zeigten jedoch die Grenzen dieses Ansatzes auf, der nur in den wirtschaftlich starken Jahren Erfolg versprechend verlief. Anfang der 1980er Jahre setzte ein Paradigmenwechsel ein, der auf die Entwicklung endogener Potenziale von Regionen abzielte (Gerhardter und Gruber 2001, 14ff). Mit dieser neuen „endogenen Strategien“ wurden einerseits die technologische und institutionelle Restrukturierung der alten, vom Strukturwandel betroffenen Industriegebiete eingeleitet (wie etwa der Obersteiermark). Andererseits wurde eine eigene Förderschiene für die „Eigenständige Regionalentwicklung“ in ländlichen Gebieten etabliert. Vor allem die Errichtung von Regionalmanagements für die Initiierung und beratende Begleitung regionaler Entwicklungsprojekte konnte auch international reüssieren.

In den 1990er Jahren zentrierten sich die regionalpolitischen Strategien auf die Weiterentwicklung des regionalökonomischen Potenzials, das Ziel des Disparitätenausgleichs verliert weiter an Bedeutung. Die stärkere Wirtschaftsorientierung

sollte die Position der Regionen im internationalen Wettbewerb verbessern und brachte mehr Kooperationen, Netzwerke und die Bündelung von Know-how auch unter Einbindung der Wissenschaft. Mit dem Beitritt zur EU 1995 erfuhr die Regionalpolitik in Österreich einen nachhaltigen Umbruch. Die europäische Förderpraxis erwies sich als Motor eines dynamischen Entwicklungsprozesses, in den viele neue AkteurInnen auf Lokal-, Regional- und Bundesländerebene eingebunden wurden (Steiner 2002, 757f). Die EU-Regionalpolitik muss in Österreich auch als ein wichtiges Politikinstrument zur Entwicklung ländlicher Räume betrachtet werden, denn rund ein Drittel der Bevölkerung lebt in ländlichen Gemeinden. Mit diesem hohen Anteil liegt Österreich hinter Schweden, Finnland und Irland auf dem vierten Platz im Vergleich der 15 EU-Länder (Dax et al. 2003, 18).

Die zunehmende Dynamik im Politikfeld Regionalentwicklung und die immer vielfältigeren Akteurskonstellationen öffnen das Politikfeld grundsätzlich für das Einbringen und die mögliche Durchsetzung neuer, vom „Mainstream“ bisher nicht als zentral erachteter, Themen. Intermediäre Strukturen wie etwa die relativ flächendeckend installierten „Regionalmanagements“ stellen „Katalysatoren“ für das Transportieren „neuer“ Anliegen in den regionalpolitischen Prozess dar und könnten in Zukunft als wichtige Ansprechpartner für die Transport des „Gleichstellungspolitischen“ Anliegens genutzt werden (Aufhauser et al. 2003, 43). Im Zuge dieser institutionellen und personellen Ausdifferenzierung des regionalpolitischen Settings in Österreich hat sich der „gender -gap“ jedoch nur wenig verändert. Aus einer gleichstellungsorientierten Perspektive erscheint es daher unbedingt notwendig, Frauen besser als bisher am „Mainstreaming“ der Regionalentwicklung zu beteiligen, und zwar auf allen räumlichen Ebenen. Sind auf Bundes- und Landesebene zunehmend mehr Fachfrauen im regionalpolitischen Bereich tätig, so zeigt sich auf regionaler und lokaler Ebene eine sehr geringe Einbindung von Frauen in regionalpolitisch relevanten Tätigkeitsfeldern und Positionen (Oedl-Wieser 2002, 5). Traditionelle geschlechterspezifische Rollenbilder sind meist noch stark verankert und sprechen den Frauen die nötige fachliche und politische Kompetenz ab.

Einen wesentlichen Beitrag für die Intensivierung des Diskurses zum Thema „Frauen und Regionalentwicklung“ haben in den letzten Jahren die Frauenbeauftragten der Länder geleistet. Sie wurden vermehrt in regionalpolitische Fragestellungen wie etwa in die Erstellung der Strukturfondsprogramme (2000 – 2006) eingebunden. Als hemmend für ihr regionalpolitisches Engagement hat sich jedoch die unzureichende personelle und finanzielle Ausstattung ihrer Büros erwiesen. Der Aufbau von Gender-Expertise sowie ein effizientes, innovatives und vernetztes Arbeiten hinsichtlich der Umsetzung von mehr Gleichstellung in

der Regionalentwicklung werden dadurch sehr erschwert. Trotz dieser Schwierigkeiten ist eine zunehmende Vernetzung gleichstellungspolitischer AkteurInnen spürbar. Dies führt zu einem „Best practice“-Transfer zwischen den Regionen und erhöht gleichzeitig die Durchsetzungsmacht für bestimmte gleichstellungspolitische Anliegen.

2. Grundpositionen zur Gleichstellung von Frauen und Männern

Chancengleichheit, Gleichstellung, Frauenförderung, Gender Mainstreaming⁵ und Geschlechterdemokratie – diese Begriffe und Konzepte erscheinen Vielen in ihrer Abgrenzung unklar. Von verschiedenen AkteurInnen werden die Begriffe unterschiedlich ausgelegt und in vielen Publikationen werden sie sogar synonym verwendet (Aufhauser et al. 2003, 11ff). Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal liegt darin, ob – jenseits der räumlichen und zeitlichen Dimension – eher die individuelle oder eher die strukturelle, gesamtgesellschaftliche Komponente der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern betont wird. Für das langfristige Ziel der Gleichstellung der Geschlechter ist es jedoch wesentlich, dass beide Komponenten der Ungleichheit zwischen Frauen und Männern ins Blickfeld rücken. Im feministischen Diskurs lassen sich derzeit drei Grundpositionen ausmachen, wie Geschlecht und Geschlechtlichkeit, wie „Frauen“ und „Männer“ und wie ihr Verhältnis zueinander zu interpretieren sind (Aufhauser et al. 2003, 11ff) (Abb.1).

| | |
|-------------------|--|
| Gleichheit | Frauen = Männer Frauen und Männer sich gleich und sollen auch als Gleiche behandelt werden. |
| Differenz | Frauen ≠ Männer Frauen und Männer sind verschieden und sollen in ihrer Verschiedenartigkeit so anerkannt werden, dass keine Hierarchie zwischen ihnen entsteht. |
| Vielfalt | Frauen † Männer Frauen und Männer sind keine eindeutigen Sozialgruppen. Es sollte stärker auf die reale Vielfalt der geschlechterbezogenen Identitäten Bezug genommen werden. |

Abbildung 1: Grundpositionen der Geschlechterforschung und -politik

⁵ Gender Mainstreaming bedeutet, dass die Auseinandersetzung mit sozialen Unterschieden zwischen den Geschlechtern – mit „Gender“ – zur politischen Selbstverständlichkeit – zum „Mainstream“ – werden muss. Über die Strategie des Gender Mainstreaming sollen im politischen Alltag Prozesse in Gang gesetzt werden, die sicherstellen, dass geschlechterbezogenes (Mit)Denken und gleichstellungsorientiertes Handeln alle Politikbereiche durchdringt und, abgestimmt auf die neue Zielsetzung, auch verändert.

Eine Geschlechterpolitik, die langfristig Erfolg haben soll, muss alle drei Aspekte – Gleichheit, Differenz, Vielfalt –, die im Konzept „Geschlecht“ enthalten sind, gleichzeitig berücksichtigen und fördern. Frauen und Männer müssen sowohl als „Gleiche“, als „Verschiedene“ bzw. als „Gar-nicht-mehr-so-Existierende“ Berücksichtigung finden. Für die Verwirklichung eines gleichgestellten Zusammenlebens muss also

- auf Basis der Betonung der Gleichheit von Frau und Mann sichergestellt werden, dass Frauen sich in gleicher Weise wie Männer am gesellschaftlichen Leben beteiligen können;
- auf Basis der Betonung der Differenzen zwischen Frauen und Männern darauf hingearbeitet werden, dass die Ansprüche der Frauen in gleicher Weise berücksichtigt, anerkannt und gefördert werden wie jene der Männer,
- die strikte Dichotomie von Weiblichkeit / Männlichkeit aufgehoben und die Vielfalt von Frauen und Männern, von gelebten weiblichen und männlichen Identitäten betont werden.

Im Rahmen der gegenwärtigen politischen Agenda werden geschlechterbezogenen Fragestellungen noch immer primär als „Frauenfragen“ abgehandelt und nach wie vor als politisches Randthema verstanden. Durch die Strategie des Gender Mainstreaming soll die Geschlechterfrage nun in einem breiteren Rahmen positioniert werden und in vielen Politikfeldern praktische Bedeutung gewinnen.

3. Die Positionierung des Konzepts „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“

Das Konzept einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ zielt auf eine inhaltliche Neuausrichtung regionalpolitischer Arbeit ab, indem es die bisher vernachlässigte Strukturkategorie des „Geschlechts“ in die regionalpolitische Diskussion einbringt. Das Konzept stellt einen ganzheitlichen Ansatz dar, der die bestehenden physisch-räumliche, ökonomischen, ökologischen, sozialen und kulturellen Faktoren in ihrem Zusammenwirken und in ihren Wechselwirkungen berücksichtigt und die regionale Politik- und Gestaltungsarbeit auf den Lebenszusammenhang von Frauen und Männern bezieht (Abbildung 2).



Abbildung 2: Grundsätze einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“

Das Konzept strebt ein gleichgestelltes Zusammenleben von Frauen und Männern in ihrem räumlichen Umfeld an. Es wird eine integrative und querschnittsorientierte Herangehensweise gewählt, die sich neben der Gleichstellungsorientierung auch an der „Alltagsgerechtigkeit“ und „Nachhaltigkeit“ von regionaler Entwicklung orientiert (Aufhauser et al. 2003, 184).

Konzept einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“

Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung ist ein Konzept zur Gestaltung räumlicher Entwicklungsprozesse, das ein gleichgestelltes Zusammenleben von Frauen und Männern realisieren und dabei vor allem die Selbstbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Frauen erweitern will. Sie hat das Ziel, die Interventionen in der Regionalentwicklung so zu adaptieren und zu erweitern, dass sie zur Verwirklichung einer nachhaltigen Geschlechterdemokratie beitragen. Das Konzept muss dabei auf die Förderung all jener Dimensionen angelegt sein, die grundlegend für ein gleichgestelltes Zusammenleben der

Geschlechter sind: Selbstbestimmung der Einzelnen unabhängig von geschlechterspezifischen Rollenerwartungen, Anerkennung gleicher Rechte und Chancen für Frauen und Männer, Anerkennung von vielfältigen Geschlechteridentitäten, Sicherheit vor Gewalt, gleichgestellte Beteiligung von Frauen und Männern in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, gleichgestellte Mitwirkung von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen, gerechte Ressourcen- und Aufgabenverteilung, soziale Aufwertung weiblich bestimmter Tätigkeiten und Fähigkeiten, Anerkennung (auch) weiblicher Autorität, Ablösung von Männlichkeit als dominantem gesellschaftlichem Strukturierungsmuster, Beteiligung von Frauen *und* Männern an der Neugestaltung der Geschlechterverhältnisse.

(Aufhauser et al. 2003)

4. Regionale Muster geschlechterspezifischer Ungleichheit

Bislang hat die Regionalpolitik in Österreich viele sozioökonomische Problemkonstellationen, die auf der regionalen Ebene relevant sind, nicht ausreichend in ihrer Geschlechterspezifität wahrgenommen und insbesondere das Ausmaß und die Varianz, die diese Geschlechterungleichheiten regional aufweisen, vernachlässigt. Dadurch werden viele Potenziale, die Frauen und Männer aufgrund ihrer vielfältigen Lebensentwürfe entwickelt haben, nicht gesehen und für die Regionalentwicklung nicht ausreichend genützt. Die Ignoranz dieser Geschlechterspezifität regionaler Entwicklungsprozesse und –potenziale verursacht gesellschaftliche Kosten, weil regionale Ressourcen und Potenziale brachliegen, regionalpolitische Interventionen an Effizienz verlieren, die demokratische und kulturelle Akzeptanz vermindert wird und damit letztlich auf regionale Problemlagen (re)produziert werden.

In den letzten Jahrzehnten haben sich die Lebenszusammenhänge von Frauen stark verändert. Die höhere Qualifikation von Frauen, ihr Eingebundensein in die Erwerbsarbeit und gesetzliche Bestimmungen zum Abbau von Diskriminierungen haben dazu beigetragen, dass sich weibliche Lebenszusammenhänge zunehmend differenzieren und von Vielfältigkeit und Diskontinuitäten geprägt sind. In ländlichen/peripheren Regionen sind die Möglichkeiten für Frauen, eine eigenständige Existenz aufzubauen, eingeschränkter als etwa in städtischen Gebieten. Als Barrieren sind hier das wenig ausdifferenzierte Arbeitsplatzangebot – vor allem für gut qualifizierte Frauen, das meist niedrige Lohnniveau, eingeschränkte Mobilität, unzureichende Kinder- und Altenbetreuungseinrichtungen sowie starre traditionelle

Geschlechterrollenbilder anzusehen (Oedl-Wieser, 2003). Die geschlechterspezifischen Ungleichheiten wirken nicht in allen Regionen gleichermaßen und/oder in die gleiche Richtung, sondern die Regionalentwicklung sieht sich mit differenzierten geschlechterspezifischen Ungleichheiten konfrontiert. Sie muss sich Fragen nach geschlechtsspezifischen Ungleichheiten, nach den regionalen Variationen und nach der innerregionalen Differenzierung etwa nach Kohorten, nach sozialer Herkunft und sozialem Status, nach ethnischer Zugehörigkeit etc. stellen. Folgende „Problemzonen“ in der regionalen/ländlichen Entwicklung⁶ lassen sich aus Sicht der Gleichstellung von Frauen und Männern in österreichischen Regionen identifizieren (Aufhauser et al. 2003, 117ff):

- Zunehmende Trennung von weiblichen und männlichen Arbeitsmärkten
- Männliche Monostrukturen durch Clusterpolitik und Technologiezentren
- Zunehmende regionale Auseinanderentwicklung von Frauen- und Männereinkommen
- Zunehmende Trennung von weiblichen und männlichen Bildungsbereichen auf regionaler Ebene
- Die Standortentwicklung vernachlässigt Frauen
- In einigen Regionen ist ein deutlicher „Männerüberschuss“ gegeben
- Mangelnde Standortentwicklung im Bereich der Versorgungswirtschaft
- Das Fehlen von Frauen in der regionalen und lokalen Politik
- Fehlende alltagsgerechte Raumnutzung
- Mangelnde Nutzung kultureller Ressourcen

5. Die Umsetzung des Konzepts „Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“

Räumliche Planung und Entwicklung sind immer als Ausdruck und Ergebnis von Machtprozessen in der Gesellschaft anzusehen und stehen daher auch in engem Zusammenhang mit der Gleichstellung von Frauen und Männern. In der Analyse des Verhältnisses von Geschlecht und Raum ist es wichtig, die Mechanismen genauer zu betrachten, über die individuelles raumbezogenes Handeln und gesellschaftliche Raumstrukturen ineinander greifen. Aufgrund der ungleichen Verteilung von Ressourcen und

⁶ Eine detaillierte geschlechtersensible Regionalanalyse findet sich in Aufhauser et al. (2003, 50ff).

Zugangschancen für verschiedene sozialen Gruppen ergeben sich für diese unterschiedlichen Möglichkeiten, an der Schaffung, Gestaltung oder Veränderung von Räumen mitzuwirken (Löw 2001; Bourdieu 1991). Aufgabe einer „Gleichstellungsorientierten Regionalpolitik“ ist es, über die Stärkung des Zugangs zu Ressourcen oder „Kapitalien“ die räumliche Gestaltungsmacht der Individuen zu fördern und so zu einer gerechteren Teilhabe an Raum und am Prozess der räumlichen Gestaltung beizutragen. Die Verteilung der Ressourcen wird einerseits davon bestimmt, inwieweit die Frauen in der Männerwelt gleichgezogen haben, andererseits auch davon, wie hoch oder niedrig das spezifisch Weibliche in der Gesellschaft bewertet wird.

Die AkteurInnen im Politikfeld Regionalentwicklung müssen daher erkennen und sicherstellen, dass Impulse für Innovationen in die sozial oftmals „zementierten“ Geschlechterkulturen von Ort notwendig sind. Regionalpolitik ist in diesem Sinne gefordert, einerseits die bestehende Vielfalt – etwa in Bezug auf weibliche Lebensformen – zu erkennen und positiv lebbar zu machen. Andererseits muss eine „Gleichstellungsorientierte Regionalpolitik“ auch darauf abzielen, Geschlechtervielfalt bewusst herzustellen, zu initiieren und zu fördern. Raumbezogene Politik kann die Ressourcen, die es Frauen ermöglichen, sich intensiver an der räumlichen Gestaltung zu beteiligen, auf vielfältige Weise stärken:

- indem sie berücksichtigt, dass Frauen aufgrund fehlender Einbindung in institutionelle Organisationen häufiger extra Finanzmittel benötigen als Männer, um sich an Planungsprozessen beteiligen zu können (Förderung ökonomischer Ressourcen) – *Gleichheitsaspekt*,
- über die Bereitstellung und/oder Förderung von Infrastruktur, die es Frauen ermöglicht, sich zu treffen und gemeinsames soziales Kapital aufzubauen – *Differenzaspekt*
- über den Aufbau von Informationsstrukturen, die spezifisch darauf ausgerichtet sind, das Wissen der Frauen (ihr kulturelles Kapital) in Bezug auf das Politikfeld Regionalentwicklung auszuweiten – *Vielfaltsaspekt*,
- über rechtliche Regelungen, die die Machtpositionen der Frauen (ihr symbolisches Kapital) in den verschiedenen Entscheidungsgremien stärken.

Im räumlichen Mehrebenensystem von Regional- und Frauenpolitik könnten/sollten gleichstellungspolitische Forderungen entsprechend folgender Überlegungen verankert werden (Aufhauser und Hafner, 2003): Auf *internationaler* und *nationaler Ebene* wird im

Rahmen von Geschlechterpolitik vor allem die Gleichheit von Frauen und Männern betont – Frauenrechte etwa oder die rechtliche und soziale Absicherung auf nationaler Ebene. Die mit legislativer und finanzieller Macht ausgestatteten AkteurInnen sind aufgefordert, die gleichberechtigte Partizipation der Frauen an politischen Prozessen und an den Finanztöpfen über gesetzliche Rahmenbedingungen und finanzielle Zuteilungen sicher zu stellen. Auf *lokaler Ebene* werden Gleichstellungsfragen vor allem aus Perspektive von sozialer Differenz diskutiert. Die Handlungsfähigkeit der AkteurInnen, die primär aufgrund ihrer „lokalen“ Verankerung im Politikfeld Regionalentwicklung mitwirken, wird von den „sozialen Ressourcen“ und über die (meist traditionellen, konservativen) Geschlechterbilder vermittelt. Die lokalen AkteurInnen sind aufgefordert, die praktischen „gender needs“ wahrzunehmen im Sinne von Alltagsgerechtigkeit, Versorgung mit Betreuungseinrichtungen, Beratungseinrichtungen für Frauen (etwa im Gewaltbereich), Qualifizierungsprogramme (in typischen Frauenbereichen). Eingebettet zwischen institutionalisierter Frauenpolitik auf nationaler Ebene und jenen patriarchalen Strukturen, die die lokalen Stammtische dominieren, ist die *regionalpolitische Ebene* jene, die am ehesten dafür geeignet ist, vereinfachende Stereotype „richtiger“ Lebensgestaltung von Frauen bzw. Männern aufzubrechen und Geschlechtervielfalt zu fördern.

Im Rahmen einer „Gleichstellungsorientierten Regionalentwicklung“ sollen die neuartigen Vernetzungen zwischen den AkteurInnen von Gleichstellungspolitik und Regionalpolitik auf regionaler Ebene genutzt werden können, um die Zugangs- und Verweilbedingungen für Frauen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen zu verbessern und um Stützungsstrukturen aufzubauen, die frauenspezifischen „Problemlagen“ mildern helfen und ihr weibliches „Potenzial“ stärken. Sie muss insbesondere aber auch Projekte initiieren, über die für Frauen und Männer Neuartiges geschaffen und „ausprobiert“ wird. Insbesondere muss der Abbau der Kommunikationsprobleme sowie der Aufbau von Gender-Kompetenz zwischen/bei den gleichstellungs- und regionalpolitischen AkteurInnen voranschreiten, sodass regionalpolitische Visionen entwickelt werden, die der Gleichstellung von Frauen und Männern förderlich sind. Gleichstellung von Frauen und Männern in der regionalen Entwicklung soll von ihnen nicht länger als lästiges Übel empfunden werden, sondern als notwendige Strategie erkannt und akzeptiert werden.

Literatur:

- AUFHAUSER, ELISABETH, HAFNER, SABINE (2003): Feminism and the new multiscaling in employment policy. *GeoJournal*. Im Erscheinen.
- AUFHAUSER, ELISABETH, HERZOG, SIEGRUN, HINTERLEITNER, VERA, OEDL-WIESER, THERESIA, REISINGER, EVA (2003): Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung. Studie im Auftrag der Abteilung IV/4 des Bundeskanzleramtes. Wien.
Online: <http://www.babf.bmlfuw.gv.at>
- AXT, HEINZ-JÜRGEN (2000): EU-Strukturpolitik. Einführung in die Politik des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts. Opladen: Leske + Budrich.
- BOURDIEU, PIERRE (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum In: Wentz, Martin (Hg.) (1991): *Stadt-Räume. Die Zukunft des Städtischen*. Frankfurt: Campus Verlag. 24-34.
- DAX, THOMAS, HOVORKA, GERHARD, WIESINGER, GEORG (2003): Perspektiven für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Der GAP-Reformbedarf aus österreichischer Perspektive. *Facts & Features* Nr. 24 der Bundesanstalt für Bergbauernfragen. Wien.
- Frauenstiftung Steyr (2002): Baustelle Chancengleichheit. Gender Mainstreaming in der Regionalentwicklung. 12. – 13. November 2002 im Museum Arbeitswelt Steyr. Tagungsbericht. Steyr.
- GERHARDTER, GABRIELE, GRUBER, MARKUS (2001): Regionalförderung als Lernprozess. Evaluierung der Förderungen des Bundeskanzleramtes für eigenständige Regionalentwicklung. *Schriften zur Regionalpolitik und Raumordnung* Nr. 32. Wien: Bundeskanzleramt.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (1998): 100 Begriffe aus der Gleichstellungspolitik. Glossar der Gleichstellung zwischen Frauen und Männern. Luxemburg.
Online: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/documents_de.html
- LÖW, MARTINA (2001): *Raumsoziologie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- OEDL-WIESER, THERESIA (2002): Regional development programmes of Lower Austria from a Gender-sensitive Perspective: Discontinuities and Requirements. Paper presented at the 15th FAO/ECA WPW Expert Meeting on Gender and Rural Development “Planning, monitoring and evaluation of rural development programmes and projects with a view to integration of gender and participatory dimensions” in Mikkeli, Finland.

- OEDL-WIESER, THERESIA (2003): Lebensrealität von Frauen in ländlichen Regionen – Zwischen Marginalisierung und lebbarer Vielfalt. Beitrag zur 12. ÖGA-Jahrestagung im September 2002 an der Universität für Bodenkultur Wien. Im Erscheinen.
- SCHINDEGGER, FRIEDRICH (1999): Raum. Planung. Politik. Ein Handbuch zur Raumplanung in Österreich. Wien: Böhlau.
- STEGER, FRIEDRICH MICHAEL (2000): Die Wiederentdeckung der Peripherie. Regionalismus und Regionalpolitik in Theorie und Praxis am Beispiel des Oberpinzgaues. In: SIR-Mitteilungen und Berichte. 28, 79-90.
- STEINER, MICHAEL (2002): Die Rolle der Finanzpolitik in der regionalpolitischen Entwicklung: Die Perspektive der Industrieökonomie. In: THEURL, ENGELBERT, WINNER, HANNES, SAUSGRUBER, RUPERT (Hg.) (2002): Kompendium der Österreichischen Finanzpolitik. Wien, New York: Springer Verlag. 734-764.
- TAYLOR, SANDRA, POLVERARI, LAURA, RAINES, PHILIP (2001): Mainstreaming the Horizontal Themes into Structural Fund Programming. IQ-Net Thematic Paper 10(2). European Policies Research Centre, University of Strathclyde. Glasgow. Online: <http://www.eprc.strath.ac.uk>

Autorin:

Dr. Theresia Oedl-Wieser ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundesanstalt für Bergbauernfragen (theresia.oedl-wieser@babf.bmlfuw.gv.at). Sie ist Mitautorin der Studie „Grundlagen für eine Gleichstellungsorientierte Regionalentwicklung“. Die Studie wurde im Dezember 2003 am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien publiziert und ist als Online-Version zum Downloaden unter: <http://www.babf.bmlfuw.gv.at>